

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN
UND FINANZDIREKTOREN**

Herr Bundesrat
Ueli Maurer
Vorsteher EFD
Bernhof
3003 Bern

Bern, 23. September 2016

Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2017

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) übermittelte der FDK den Bericht vom Juni 2016 über den Finanzausgleich 2017 zwischen Bund und Kantonen zur Stellungnahme. Wir unterbreiteten den Bericht gemäss gängiger Praxis¹ den Kantonsregierungen. Die FDK-Plenarversammlung sprach sich am 23. September 2016 über die Ergebnisse der Anhörung aus und äussert sich zu den Finanzausgleichszahlen 2017 wie folgt.

Die Kantone haben die für Ihren Kanton verwendeten Zahlen, im Besonderen jene des neuesten Bemessungsjahrs 2013, geprüft und die Berechnungen des Berichts plausibilisiert. Gestützt darauf **nimmt die FDK den Bericht der EFV zur Kenntnis und stellt keine Anträge zu den Zahlen 2017.**

Zweck der jährlichen Anhörung ist der Vollzug des Finanzausgleichs und die ordentliche Prüfung der Datengrundlagen. Die FDK äussert sich deshalb an dieser Stelle nicht zur Wirksamkeit, zur Dotation oder zu Möglichkeiten der Weiterentwicklung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN**

Der Präsident:



Charles Juillard

Der Sekretär:



Dr. Andreas Huber-Schlatter

¹ Vgl. Botschaft zur Festlegung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs sowie zum Bundesgesetz über die Änderung von Erlassen im Rahmen des Übergangs zur NFA vom 8. Dezember 2006 (BBI 2007 736 f.).

Beilage

- Synopse der Stellungnahmen der Kantone zur Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2017

Kopie (Mail)

- Mitglieder FDK
- Sekretariat KdK

FDK / CDF	Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2017	Plenarversammlung / Assemblée plénière	23.09.2016
		Traktandum / Point	3 - Beilage

Geht an:	Mitglieder FDK
Datum:	09.09.2016

1. Ausgangslage

Die FDK führt im Zusammenhang mit der Festsetzung der Finanzausgleichstransfers jährlich eine Anhörung bei den Kantonen durch. Mit Brief vom 21. Juni 2016 bat die FDK die Kantonsregierungen um eine Stellungnahme bis 19. August 2016. Die Anhörung bezog sich auf die Datengrundlagen im Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2016 über den Finanzausgleich 2017 zwischen Bund und Kantonen. Die vorliegende Notiz fasst die kantonalen Stellungnahmen zusammen. Die Fachgruppe Qualitätssicherung und der FDK-Vorstand nahmen das Ergebnis an ihrer Sitzung vom 25. August 2016 bzw. 9. September 2016 zur Kenntnis.

2. Zusammenfassung

Es sind Rückmeldungen aus sämtlichen Kantonen eingegangen.

Stellungnahmen zu den Zahlen 2017 – Anträge zur Wirksamkeit, Dotation und Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Finanzausgleichs sind nicht Gegenstand der Anhörung

- **25 Kantone stellen keinen Antrag zur Änderung der Zahlengrundlagen 2017:**
AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZH
- **1 Kanton lehnt den Zahlenbericht ab: ZG**

Anträge betreffend Zahlengrundlagen und Qualitätssicherung an die FDK:

Kanton TI:

- Verbesserung der Dokumentation bei der Berechnung des Lastenausgleichs insbesondere für die Detailberechnungen des Armutsindikators.

Kanton ZG:

- Wir lehnen den Bericht mit den darin gerechneten Zahlen ab und weisen ihn zurück.

3. Stellungnahmen der Kantone

Kanton	Stellungnahme zu den Zahlen 2017
AG 10.8.	"(...) Nach Prüfung der Unterlagen können wir bestätigen, dass die Datenlieferung des Kantons Aargau korrekt wiedergegeben wird und der Bericht keinen Anlass zu Bemerkungen respektive Anpassungen gibt. Der Regierungsrat reicht deshalb keine Anträge zu den Datengrundlagen des Kantons Aargau ein und nimmt den Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) zur Kenntnis. (...)"
AI 19.8.	"(...) Die Steuerverwaltung hat die Zahlen 2013 geprüft. Sie entsprechen den eigenen Berechnungen. Die Datengrundlagen für die Jahre 2011 und 2012 wurden summarisch überprüft. Es wurden keine Fehler festgestellt. (...) Sämtliche gelieferten Zahlen zu den Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen und der Gewinne der juristischen Personen 2013 konnten verifiziert werden. Weiter hat das Finanzdepartement geprüft, ob die vom Kanton Appenzell i.Rh. gelieferten Zahlen beim Bund korrekt verarbeitet wurden, ob die NFA-Berechnungen auf diesen Daten beruhen und ob diese auch nachvollziehbar sind. Die Prüfung hat keine Mängel oder Fehler gezeigt. Die Ständekommission erklärt sich mit den provisorischen NFA-Zahlen 2017 einverstanden und nimmt von den Berechnungsgrundlagen Kenntnis. (...)"
AR 17.8.	Der Regierungsrat des Kantons Appenzell Ausserrhoden hat die NFA Zahlen 2017 zustimmend zur Kenntnis genommen und stellt keine Anträge.
BE 17.8.	"(...) Unsere zuständigen kantonalen Fachämter haben die statistischen Grundlagen für die Berechnung des Ressourcenausgleichs (Steuerverwaltung) bzw. des Lastenausgleichs (Finanzverwaltung) des Kantons Bern soweit als möglich geprüft; die vorliegenden Daten werden als korrekt beurteilt. Gestützt auf die von den Bundesbehörden vorgenommenen Arbeiten sowie gestützt auf die Beurteilung unserer Fachämter ist der Regierungsrat mit den Berechnungen der Ausgleichszahlungen für das Jahr 2017 einverstanden. (...)"
BL 16.8.	"(...) Wir haben die korrekte Übernahme der testierten Werte für 2013 überprüft und können diese bestätigen. Die für den Kanton Basel-Landschaft verwendeten Daten stimmen als Datengrundlage für den Finanzausgleich 2017. Wir stellen keine Anträge. (...)"
BS 17.8.	<p>"(...) Wir haben die im Bericht dargelegten Zahlen für den Kanton Basel-Stadt stichprobenweise geprüft und keine Ungereimtheiten festgestellt. In technischer Hinsicht erscheinen uns die Berechnungen plausibel und wir nehmen sie zur Kenntnis. (...)</p> <p>Die Ungleichheit zwischen den Kantonen hat im Jahr 2017 tendenziell abgenommen. Trotzdem steigt die Dotation des Ressourcenausgleichs im Jahr 2017 um fast 76 Mio. Franken auf 3.948 Mia. Franken. Der ressourcenschwächste Kanton Jura erreicht nach den Zahlungen aus dem Ressourcenausgleich 2017 einen Ressourcenindex von 87.8 Punkten, was deutlich über dem Wert des Vorjahres (87.3 Punkte) und weit über der gesetzlich angestrebten Mindestausstattung von 85 Punkten liegt.</p> <p>Die Überdotation steigt 2017 auf rund 750 Mio. Franken. Mit anderen Worten liesse sich die gesetzlich angestrebte Mindestausstattung der ressourcenschwächsten Kantone von 85 Punkten mit deutlich weniger finanziellen Mitteln als heute erreichen. Die Überdotation belastet den Bundeshaushalt und die Haushalte der ressourcenstarken Kantone erheblich, und zwar die Bundeskasse mit rund 450 Mio. Franken und die ressourcenstarken Kantone mit rund 300 Mio. Franken. Das Wachstum der Überdotation ist erstens auf die zu hohe Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs und zweitens auf die bekannten Schwachstellen des Ressourcenausgleichs zurückzuführen.</p> <p>Die politische Arbeitsgruppe der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat mit ihrem Projekt zur Optimierung des Nationalen Finanzausgleichs einen wichtigen Prozess angestossen. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat die Empfehlungen der politischen Arbeitsgruppe vom 3. März 2016 im Sinne eines politischen Gesamtpakets zur Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs unterstützt. Sollten einzelne Empfehlungen in der KdK-Stellungnahme aus dem Gesamtkonzept gestrichen oder verändert werden, wird der Regierungsrat seine Zustimmung überprüfen. Wir fordern die Kantone mit Nachdruck dazu auf, das Gesamtpaket mitzutragen, um die dringend nötigen Verbesserungen des NFA umzusetzen. Die gegenwärtige, zu hohe Belastung des Bundeshaushalts und der Haushalte der ressourcenstarken Kantone ist vor dem geltenden Gesetz nur schwer zu rechtfertigen und schadet der Akzeptanz des NFA. (...)"</p>

<p>FR 16.8.</p>	<p>"(...) D'une manière générale, le rapport de l'AFF et les informations complémentaires mises à disposition sur son site Internet présentent clairement les évolutions intervenues depuis l'année dernière et fournissent tous les éléments nécessaires aux administrations cantonales pour s'assurer du bon usage des données les concernant directement et contrôler les calculs globaux. Il n'est par contre bien entendu pas possible pour un canton de se prononcer sur les données de base relatives aux autres cantons.</p> <p>En ce qui concerne la procédure, nous nous permettons de souligner que l'audition doit se limiter, comme à l'accoutumée et conformément aux explications données dans votre courrier, à la vérification des chiffres péréquatifs de l'année prochaine. Les éventuelles propositions d'adaptation qui dépasseraient ce cadre et toucheraient au système péréquatif en tant que tel ne devraient dès lors pas être prises en compte dans la réponse consolidée que la CDF préparera à l'intention du DFF.</p> <p>Les cantons ont déjà eu largement l'occasion de s'exprimer au sujet d'éventuelles adaptations du système péréquatif lors de la consultation relative au 2^{ème} rapport d'évaluation de l'efficacité et en marge des discussions relatives à la dotation des instruments pour la période 2016-2019 qui ont eu lieu l'année dernière aux Chambres fédérales. Des ajustements de la péréquation des ressources ont par ailleurs récemment été convenus dans la cadre de la RIE III. Le débat se poursuivra en outre prochainement sur la base des réflexions complémentaires du groupe de travail politique mis en place par la CdC. Il ne serait pas adéquat de le mener encore dans le cadre de la présente audition.</p> <p>(...) En matière de péréquation des ressources, l'analyse effectuée n'a pas révélé de différences significatives en ce qui concerne les données utilisées et les calculs effectués pour le canton de Fribourg. Ces données et calculs peuvent être considérés comme validés.</p> <p>Le constat d'une absence de différences significatives s'applique aussi à la compensation des charges géo-topographiques et à la compensation des charges socio-démographiques. Les données de base et les calculs relatifs à ces deux instruments peuvent être considérés comme approuvés par le canton de Fribourg.</p> <p>En ce qui concerne la compensation des cas de rigueur, les explications données et les chiffres communiqués n'appellent pas d'objection de notre part. Nous prenons acte du fait que les montants perçus et versés dans le cadre de cet instrument diminuent de 5 %, conformément ce qui est prévu à l'art. 19 al. 3 de la loi sur la péréquation financière et la compensation des charges (PFCC). (...)"</p>
<p>GE 2.8.</p>	<p>"(...) Pour cette deuxième année de la troisième période quadriennale, le canton de Genève devra verser 350 millions au titre de la péréquation des ressources, soit une augmentation de 3 millions par rapport à l'année 2016, malgré une diminution de son indice des ressources. Il demeure le deuxième canton contributeur au titre de la péréquation des ressources. Les vérifications que nous avons opérées nous permettent de conclure que les calculs du potentiel de ressources effectués par l'AFF sont bien basés sur les données que nous avons transmises et respectent le protocole et les formules de calcul de l'OPFCC.</p> <p>Pour la compensation des charges excessives, notre canton recevra 97 millions soit une diminution de 10 millions par rapport à l'année 2016. Cette baisse fait suite à la révision de l'indicateur de pauvreté. Les contrôles réalisés sur les bases de données pour la compensation des charges liées à la structure sociodémographique nous permettent également de valider les calculs de l'AFF dans ce domaine.</p> <p>En conclusion, nous validons les bases de calcul des chiffres de la RPT pour l'année 2017 telles qu'elles nous ont été présentées par le rapport de l'AFF. (...)"</p>
<p>GL 16.8.</p>	<p>"(...) Wir haben die Daten des Kantons Glarus zum Finanzausgleich 2017 zwischen Bund und Kantonen summarisch geprüft und konnten keine Fehler feststellen. Wir danken und vertrauen auf die wertvolle Arbeit der Bundesbehörden. Der Kanton Glarus nimmt die Berechnungen für den Finanzausgleich 2017 gemäss dem Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2016 zur Kenntnis.(...)"</p>
<p>GR 13.7.</p>	<p><i>Rückmeldung aus der Finanzdirektion GR: "Wir haben die für Graubünden verwendeten Datengrundlagen geprüft. Neu erfasst ist dabei das Bemessungsjahr 2013. Die Daten sind unseres Erachtens korrekt berücksichtigt. Wir haben daher keinerlei Korrekturanträge. Die Veränderung des Ressourcenindex für Graubünden entspricht in etwa unseren Erwartungen."</i></p>

<p>JU 16.8.</p>	<p>"(...) - les pré-chiffres établis aussi bien par l'administration fédérale des finances (fin avril) que les projections du BAK (fin juin) sont toujours très proches et sont très utiles à l'élaboration des budgets cantonaux. Nous remercions ces deux instances de leur précieux travail ;</p> <ul style="list-style-type: none"> - les chiffres 2017 mis en consultation, sous réserves d'une correction, correspondent aux données fiscales jurassiennes transmises ; - il est urgent et indispensable que la Confédération reprenne la maîtrise du dossier RPT en augmentant son financement. Cette participation supplémentaire doit se faire par la prise en charge d'une partie de la contribution actuelle des cantons contributeurs (par exemple 200 millions) et par l'augmentation de la dotation de base destinée à financer les prestations aux cantons les plus faibles. (par exemple 200 millions). En effet, la majorité des cantons forts n'arrive pas à financer l'évolution de sa contribution si le taux d'impôt global (Etat-communes-paroisses) est largement inférieur au taux d'écrêtement (20,5%). <p>A l'inverse, pour les cantons faibles, le taux d'écrêtement d'au moins 90% (voire 100% notamment pour les répartitions fiscales et les entreprises sans privilège fiscal), ne permet de conserver aucune amélioration de sa situation. Par contre, les paiements se maintiennent en cas de détérioration de leur situation ;</p> <ul style="list-style-type: none"> - l'ensemble des cantons est confronté à des charges liées notamment à la population et à son vieillissement (santé, soins à domicile, assurances sociales, EMS, etc.) qui ne peuvent que progresser à des taux moyens de 2-3% par année et qui ne sont plus couvertes même avec un indice des ressources de plus de 87% après paiement RPT. Les propositions politiques actuelles de passer à 86% représentent un nouvel effort disproportionné et insoutenable pour les cantons les plus faibles. De plus, quasi tous les cantons poursuivent déjà des programmes d'économies. Il est donc important que l'ensemble des cantons reste attractif et concurrentiel économiquement et donc fiscalement pour assumer un développement harmonieux de l'ensemble du pays ; - la Confédération bénéficie de manière directe (IFD, TVA, etc.) et indirecte (moins d'aides ou de subventions) de chaque effort cantonal ou communal visant à accueillir des entreprises sur le sol helvétique. Une augmentation directe et mesurée de la contribution fédérale serait, de loin, la solution la plus efficace et rapide pour le maintien de l'attractivité de l'ensemble du pays, notamment à l'aube de l'introduction de la RIE III et de ses importants effets directs et indirects ; - en effet, vu les modifications légales introduites par les Chambres dans le cadre de la RIE III, les éventuels changements de stratégie des entreprises et les éventuelles compensations indirectes importantes seront très inégalement réparties sur le territoire suisse. Cet aspect est tout aussi fondamental pour la conservation de l'équilibre du système et du fédéralisme sur la durée. Une nouvelle fois, ce seront les cantons disposant des ressources les plus limitées et appliquant les taux d'exploitation fiscale les plus importants qui seront confrontés aux incidences financières directes (fiscales et budgétaires) et indirectes (RPT avec un décalage de 4 à 6 ans) les plus marquées ; - certaines variations cantonales affichent un taux à deux chiffres et illustrent ainsi la forte volatilité des potentiels, des indices et finalement des paiements et ce notamment après les débats nourris aux chambres fédérales quant à la détermination de la dotation de base ; - la première utilisation de nouvel indicateur de « pauvreté » apporte son lot de variations importantes. - en conclusion, il faut continuer d'améliorer globalement la mécanique du système par l'utilisation des ressources officielles. La Section péréquation financière de l'Administration fédérale des finances doit présenter des propositions, des simulations (dont RIE III) et les soumettre aux cantons premièrement en les mettant en discussion dans les groupes de travail officiels (efficacité et qualité), puis en consultation unique auprès des cantons. La coordination des dossiers RPT et RIE III est fondamentale. (...)
<p>LU 23.8.</p>	<p>"(...) Unsere Dienststelle Steuern hat die für den Kanton Luzern verwendeten Zahlen einer Qualitätssicherung unterzogen und kann deren richtige Übernahme bestätigen. Wir verzichten deshalb auf Anträge zum Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2017.</p> <p>Der Kanton Luzern konnte dank grossen eigenen Anstrengungen den Ressourcenindex von 74,1 (2011) auf 86,9 (2017) steigern. Als Folge nehmen die Netto-Ausgleichszahlungen 2017 an den Kanton Luzern im Vergleich mit dem Vorjahr um 63,5 Millionen Franken ab. Bereits 2016 mussten wir gegenüber 2015 Mindereinnahmen aus der NFA von 78,9 Millionen Franken verkraften. Die erneute Abnahme erhöht die finanziellen Herausforderungen für den Kanton Luzern nochmals massiv.</p>

	Der Kanton Luzern fordert, dass mit dem dritten Wirkungsbericht beim NFA ein Anreizsystem eingebaut wird, damit Kantone, die sich aktiv verbessern, belohnt statt bestraft werden. Wir erwarten von der durch die KdK eingesetzten Arbeitsgruppe um alt Regierungsrat Franz Mar-ty die konkreten Vorschläge und werden uns bei der Erarbeitung und Prüfung der Vorschläge auch entsprechend engagieren. (...)"
NE 17.8.	"(...) Notre canton a pris connaissance des chiffres de la péréquation des ressources et de la compensation des charges et des cas de rigueur pour l'année 2017. Nous constatons à leur examen qu'ils sont en adéquation avec les données fournies par notre service des contributions. N'ayant relevé aucune incohérence particulière, nous considérons donc que les chiffres pour l'année de référence 2017 sont fiables en ce qui nous concerne. Nous n'avons pas d'autres remarques à formuler sur le rapport de l'Administration fédérale des finances. (...)"
NW 5.7.	<p>"(...) Mit immer grösserer Besorgnis nehmen wir zur Kenntnis, dass die Leistungen des Kantons Nidwalden an den Ressourcenausgleich gegenüber dem Vorjahr um weitere 6.8 Millionen Franken oder um rund 21.8 Prozent zunehmen. Hat der Kanton Nidwalden im 2015 noch 21.4 Mio. einbezahlt, sind es zwei Jahre später bereits 38.0 Mio. Franken. Gegenüber dem Jahr 2015 ist dies eine Zunahme von 16.6 Mio. Franken oder 77.6 Prozent. Eine solche Zunahme ist gewaltig und stösst auf Unverständnis. Der Regierungsrat und der Landrat verabschiedeten im 2014 einen umfassenden Katalog mit Massnahmen, um den angespannten Finanzhaushalt des Kantons zu verbessern. Die gewaltigen Steigerungen der NFA Zahlungen belasten den Staatshaushalt schwer und bringen die Finanzpläne arg durcheinander. Der Entscheid des Parlaments die Dotation entgegen des Vorschlages des Bundesrates zu kürzen, hat in unserem Kanton zu Unverständnis geführt. Die neuesten Zahlen bekräftigen unseren Unmut, da doch der ressourcenschwächste Kanton bereits einen Index nach Ausgleich von 87.3 Prozent aufweist. (...)</p> <p>Wir nehmen von den Berechnungen für das Jahr 2017 Kenntnis und haben keine weiteren Bemerkungen dazu. Die Daten unseres Kantons für das Jahr 2013 konnten wir anhand der vom kantonalen Steueramt gelieferten Steuerfaktoren verifizieren. (...)</p> <p>Die neuesten Zahlen des Finanzausgleichs belegen den seitens der Geberkantone geforderten Korrekturbedarf. Trotz sinkender Disparitäten nehmen die Ressourcenausgleichszahlungen an die ressourcenschwachen Kantone weiter zu. Die ressourcenschwächsten Kantone erzielten 2017 eine Ressourcenausstattung nach Finanzausgleich von 87,8% des schweizerischen Durchschnitts, verglichen mit 87,3% 2016. Das liegt klar über dem angestrebten gesetzlichen Zielwert von 85%. Die politische Arbeitsgruppe der KdK hat in ihrem Bericht aufgezeigt, dass der geltende Mechanismus zur Festlegung der Dotation des Ressourcenausgleichs nicht adäquat auf den Ausgleichsbedarf reagiert. Aufgrund der aufgezeigten Mängel wurde ein Systemwechsel vorgeschlagen. (...)</p> <p>Der Kanton Nidwalden unterstützt die Empfehlungen der Arbeitsgruppe im Sinne eines politischen Gesamtpaketes zur Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs. Sollten aber einzelne Empfehlungen in der KdK-Stellungnahme aus dem Gesamtkonzept gestrichen oder verändert werden, wird der Kanton Nidwalden seine Zustimmung überprüfen und gegebenenfalls widerrufen. Der Kanton Nidwalden setzt grosse Erwartungen in die politische Arbeitsgruppe und erwartet, dass die erkannten Probleme und notwendigen Anpassungen zügig umgesetzt werden, so dass es eine spürbare Verbesserung für die Geberkantone gibt. (...)</p> <p>Der Kanton Nidwalden erwartet, dass die von der politischen Arbeitsgruppe vorgeschlagenen Massnahmen zielstrebig an die Hand genommen und umgesetzt werden. Die Überdotation muss gekürzt werden und darf nicht mehr politisch durch die Übermacht der Nehmerkantone beeinflusst werden. Aus Sicht des Kantons Nidwalden sollte gar zuerst die Ausgleichssumme aufgrund des Potentials der ressourcenstarken Kantone bestimmt werden und erst im zweiten Schritt die Verteilung auf die ressourcenschwachen Kantone. Es sollte nur dies verteilt werden, was auch entsprechend vorhanden ist. Dies würde auch die Solidarhaftung unter den ressourcenstarken Kantonen aufheben. Ein maximaler Ausgleich wäre festzulegen. (...)"</p>
OW 17.8.	<p>"(...) Wie bereits in den Vorjahren ist zu bemerken, dass die NFA-Beträge mit den vorliegenden Angaben durch uns nicht direkt rechnerisch verifiziert werden können. Wie aus dem der Vernehmlassung beiliegenden Prüfungsbericht der eidgenössischen Finanzkontrolle zu entnehmen ist, werden die von den kantonalen Steuerämtern gelieferten Daten überprüft.</p> <p>Das Ergebnis betreffend Ressourcenindex ist für den Kanton Obwalden aber insofern nachvollziehbar, als dieser die Finanzkraft des Kantons in den zugrunde liegenden Bemessungsjahren 2011 bis 2013 widerspiegelt und sich in einer von uns erwarteten Entwicklung darstellt. Ergebnis und Entwicklungen bestätigen aus Sicht des Regierungsrats des Kantons Obwalden die Richtigkeit der 2005 lancierten Steuerstrategie. Auch wenn dem Kanton kontinuierlich weniger Gelder aus dem NFA zukommen, so bewährt sich doch, dass diese Mittel auch richtig eingesetzt werden.</p>

	<p>Was die Entwicklung der übrigen Kantone angeht, entzieht sich unserer Kenntnis. Entsprechend können wir auch die Entwicklung des Ressourcenausgleichs von 2 350,133 Millionen Franken (vertikal) bzw. 1 598,592 Millionen Franken (horizontal) nicht beurteilen.</p> <p>Dementsprechend nehmen wir vom Ergebnis der definitiven Berechnung Kenntnis und werden diese Zahlen in der Folge in unsere Planung aufnehmen. (...)"</p>
SG 16.8.	<p>"(...) Wir haben die im Bericht «Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2017» der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) vom Juni 2016 veröffentlichten Beiträge des Bundesfinanzausgleichs für das Jahr 2017 und die entsprechenden Datengrundlagen geprüft, soweit uns dies aufgrund der verfügbaren Unterlagen möglich war. Bei der Kontrolle der von uns übermittelten Ursprungsdaten für den Ressourcenausgleich konnten keine Fehler festgestellt werden. Auch hat die Plausibilisierung der Ursprungsdaten der beiden Lastenausgleichsgefässe «Soziodemografischer Lastenausgleich» und «Geografisch-topografischer Lastenausgleich» keine Mängel zu Tage gebracht. Es liegen uns somit keine Hinweise vor, wonach die Ausgleichsbeiträge zugunsten des Kantons St.Gallen für das Jahr 2017 fehlerhaft sein konnten. (...)"</p>
SH 16.8.	<p>"(...) Wir haben die Zahlen im Bericht der EFV für den Kanton Schaffhausen plausibilisiert und für nachvollziehbar befunden. Einwände zu den Daten bestehen somit keine. (...)"</p>
SO 16.8.	<p>"(...) Wir (...) können Ihnen mitteilen, dass wir vom Bericht sowie den darin enthaltenen Zahlen Kenntnis genommen haben und mit der Berechnung einverstanden sind. "</p>
SZ 17.8.	<p>"(...) Der Regierungsrat hat die Berechnungen geprüft und stellt fest, dass die Berechnungen auf den vom Kanton Schwyz gelieferten Daten basieren. Er geht davon aus, dass die Berechnungen seitens EFV korrekt vorgenommen wurden. Der Regierungsrat erklärt sich mit den NFA-Berechnungen 2017 einverstanden.</p> <p>Aufgrund des Wachstums des Ressourcenausgleichs 2017 um 55 Mio. Franken bzw. 2% trotz der sinkenden Disparitäten zwischen den ressourcenschwachen und ressourcenstarken Kantone sieht sich der Regierungsrat veranlasst, den folgenden Antrag zu stellen.</p> <p>Antrag:</p> <p>Die Ausgleichssumme für den Ressourcenausgleich und damit die Ein- und Auszahlungen in den Ressourcenausgleich sollen sich jährlich nach dem Ausgleichsbedarf richten bzw. die Entwicklung der Disparitäten zwischen den Geber- und den Nehmerkantonen berücksichtigen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Festlegung der Ressourcenausgleichsdotation und deren Fortschreibung führen in der heutigen Ausgestaltung dazu, dass die Ein- und Auszahlungen nicht adäquat auf die Entwicklung der Disparitäten zwischen den ressourcenstarken und -schwachen Kantonen reagieren. Die von der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) eingesetzte politische Arbeitsgruppe hat diese Problematik anhand verschiedener Szenarien aufgezeigt und bestätigt. Wachsen beispielsweise die Ressourcenpotenziale der Geber- und Nehmerkantone genau im gleichen Umfang und die Disparitäten bleiben unverändert, so wird die Dotation des Ressourcenausgleichs in der heutigen Ausgestaltung aufgestockt, obwohl es dazu gar keinen Bedarf gibt.</p> <p>Insbesondere in den zur Anhörung vorliegenden Zahlen 2017 wird diese nicht adäquate Reaktion auf die Disparitätenentwicklung deutlich. Trotz der festgestellten abnehmenden Disparität zwischen Geber- und Nehmerkantonen nehmen die Zahlungen des Bundes und der Geberkantone zu. Die Zunahme von 2016 auf 2017 beträgt 55 Mio. Franken bzw. 2%. Der ressourcenschwächste Kanton erzielt damit neu eine Ressourcenerstattung nach Finanzausgleich von 87.8% des schweizerischen Durchschnitts. Der gemäss FilLaG anzustrebende gesetzliche Zielwert liegt bei 85%. in Franken beträgt diese "Überdotierung" des Ressourcenausgleichs 771 Mio. Franken.</p> <p>Die Lösung der Problematik gibt die Empfehlung 1 der von der KdK eingesetzten politischen Arbeitsgruppe vor, indem ein neuer Mechanismus für die Dotierung des Ressourcenausgleichs vorgeschlagen wird. Die Dotation soll nicht mehr im Voraus in einer politischen Diskussion für vier Jahre festgesetzt, sondern jährlich gestützt auf dem aktuellen Ressourcenindex berechnet werden. Die Dotierung soll dabei genügend hoch sein, um eine adäquate Mindestausstattung des ressourcenschwächsten Kantons gegenüber dem schweizerischen Durchschnitt neu zu garantieren statt wie bisher anzustreben. Diese garantierte Mindestausstattung soll als feste Steuerungsgrösse in das FilLaG aufgenommen werden.</p>

	<p>Diese Anpassung liegt im Interesse aller Kantone. Die ressourcenschwächsten Nehmerkantone können sich auf eine garantierte Mindestausstattung verlassen. Die anderen Nehmerkantone enthalten Auszahlungen gemäss ihrem Stand des Ressourcenindex gegenüber dem schweizerischen Durchschnitt und die Geberkantone wissen, dass ihre Einzahlungen für den Ressourcenausgleich direkt vom Ausgleichsbedarf abhängig sind und keinen anderen Einflüssen unterliegen. Auch für den Bund ist ein solcher Mechanismus berechenbar und einfacher zu vollziehen als die bisherige Dotation für vier Jahre zum Voraus mit einer allfälligen Nachkorrektur, wie sie für die Vierjahresperiode 2016-2019 beantragt werden musste. Mit der Umsetzung der neuen Regelung erhöht sich auch die Planbarkeit für die Nehmer- und Geberkantone sowie für den Bund.</p>
TG 3.8.	<p>"(...) Aus Sicht des Kantons Thurgau erscheinen die unterbreiteten Berechnungen und Daten als nachvollziehbar und korrekt. Wir nehmen davon zustimmend Kenntnis. (...)"</p>
TI 23.8.	<p>"(...) I dati utilizzati per determinare le quote perequative che spettano al Ticino secondo la legge sulla perequazione finanziaria sono stati controllati dall'Amministrazione cantonale e possono essere considerati corretti. Considerato inoltre che i dati di tutti i Cantoni sono stati pubblicati solo dopo un attento esame del gruppo di lavoro "Qualitätsicherung", possiamo ritenere, in buona fede, che l'insieme delle valutazioni eseguite sia conforme ai criteri di qualità stabiliti dal capitolo 3 dell'ordinanza concernente la perequazione finanziaria e la compensazione degli oneri.</p> <p>Confermiamo inoltre di avere esaminato i metodi di calcolo impiegati e anche da questo profilo non abbiamo osservazioni particolari da segnalare, vista la loro conformità all'ordinanza federale. Si ribadisce tuttavia di avere riscontrato delle lacune nella documentazione pubblicata e si richiede pertanto l'inserimento della documentazione tecnica dettagliata del calcolo dei sottoindicatori della compensazione degli oneri, per permettere agli specialisti di verificare e valutare alcune scelte sul piano metodologico. Si chiede inoltre, per gli stessi motivi, di trasmettere anche i dati di dettaglio utilizzati per il calcolo dell'indicatore di povertà cantonale, più precisamente: lista delle prestazioni considerate, numero di beneficiari per prestazione, importo medio minimo ed eventuali ponderazioni parziali.</p> <p>Al di là di questi aspetti tecnici ribadiamo le nostre aspettative per quanto concerne una modifica del sistema, che tenga conto in modo più adeguato della reale situazione in cui si trova il nostro Cantone. Si tratta in particolare di trovare una risposta concreta ed efficace alle seguenti questioni:</p> <ul style="list-style-type: none"> • secondo il criterio dell'altitudine il Ticino non beneficia di alcun indennizzo allorché vi sono importanti dislivelli che contraddistinguono il territorio ticinese, che attualmente non sono considerati dalla perequazione finanziaria. In questo senso il Ticino ribadisce l'auspicio che si possa valutare la possibilità di modificare il sottoindicatore relativo all'altitudine degli insediamenti completandolo con un indicatore che misura la differenza di altitudine degli insediamenti di un Cantone rispetto al valore più basso o ad un valore dato. Il fatto che il Canton Ticino non riceve nessuna compensazione per questo sottoindicatore è infatti incomprensibile. Per un Cantone come il nostro, che ha insediamenti che si situano tra i 250 e i 1'250 m.s.l.m, risulta infatti più oneroso potere offrire tutte le infrastrutture e i servizi necessari rispetto ad un Cantone nel quale gli insediamenti presentano differenze di altitudine meno elevate. • per quanto riguarda la compensazione degli oneri socio-demografici il Canton Ticino riconferma la proposta d'introduzione di un indennizzo per i Cantoni di frontiera (per esempio sotto forma di onere speciale determinante dei Cantoni di frontiera, sulla stregua di quanto già esiste per le città polo che hanno per loro natura più difficoltà a collaborare con gli altri Cantoni nell'offerta di servizi pubblici. Questa difficoltà viene accresciuta per il Canton Ticino dal fatto che il nostro Cantone, oltre ad essere periferico, è anche minoranza linguistica: queste due componenti rendono oltre modo difficile la collaborazione intercantonale nell'offerta di servizi pubblici e causano costi supplementari al nostro Cantone. Nell'attuale struttura della perequazione le prerogative dei Cantoni di frontiera non sono a nostra ragione sufficientemente prese in conto. Anche a fronte degli importanti mutamenti avvenuti nell'economia a seguito dell'entrata in vigore degli accordi bilaterali, riteniamo importante riflettere sulle particolari condizioni di questi Cantoni, da una parte svantaggiati per il fatto di essere periferici rispetto agli altri Cantoni e d'altra parte soggetti alle pressioni sul mercato del lavoro delle regioni d'oltrfrontiera, per eventualmente proporre dei correttivi, sotto forma di indennizzi. <p>In questo senso, il Consiglio di Stato afferma anche la necessità di un trattamento diverso dei redditi dei frontalieri nell'indicatore delle risorse (tramite una riduzione più consistente della quota di redditi considerati dall'attuale 75% al 50%).</p> <p>In conclusione il nostro Cantone non contesta il rapporto posto in consultazione, ma chiede un serio riesame del sistema che tenga maggiormente in considerazione la condizione particolare di Cantone di frontiera del Ticino. (...)"</p>

<p>UR 19.8.</p>	<p>"(...) Wir haben die zur Verfügung gestellten Daten geprüft. Dabei haben wir keine Mängel festgestellt. Der Regierungsrat hat den Bericht und die darin enthaltenen Erläuterungen und Zahlen bzw. Berechnungen für den Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2017 zur Kenntnis genommen und ist damit einverstanden. (...)"</p>
<p>VD 17.8.</p>	<p>"(...) [Les] chiffres 2017 pour le Canton de Vaud sont acceptés par le Conseil d'Etat, sous réserve des éléments suivants :</p> <ul style="list-style-type: none"> • dans l'hypothèse où une erreur devait être découverte a posteriori, le Canton de Vaud se réserve la possibilité de faire valoir des corrections rétroactives, en se fondant au besoin sur les conditions posées par l'art. 9a PFCC ; • que notre Canton n'a la faculté de vérifier ni la qualité et l'exactitude des données de base des autres cantons, ni la reprise et l'utilisation correcte de ces données dans les calculs effectués par l'AFF. <p>(...) Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud accepte les chiffres présentés dans le rapport relatif à la péréquation des ressources, compensation des charges et des cas de rigueur en 2017, sous les réserves toutefois expressément mentionnées ci-dessus. (...)"</p>
<p>VS 17.8.</p>	<p>"(...) L'examen des données de la péréquation des ressources 2017 n'appelle aucun commentaire de notre part sur les calculs effectués. Le Conseil d'Etat du Canton du Valais prend acte des chiffres publiés et saisit l'occasion de la présente audition pour relever les éléments suivants.</p> <p>1. La situation du canton du Valais se péjore une nouvelle fois de 2016 à 2017, l'indice de ressources de notre canton étant en baisse de 0,9 point de pourcent alors même que notre indice avait déjà baissé de 1 point de pourcent de 2015 à 2016. Cette tendance se poursuivra probablement ces prochaines années. Nous relevons par ailleurs que la situation des cantons à fort potentiel de ressources demeure très bonne, avec des indices très stables pour les cantons les plus forts (à l'exception de VD qui baisse de 2,5 points de pourcents). Ces progressions traduisent une nouvelle augmentation des disparités intercantionales. Elles justifient pleinement le maintien de mécanismes péréquatifs performants.</p> <p>Bien que l'audition n'amène aucune remarque particulière en ce qui concerne le calcul des chiffres 2017, le Gouvernement valaisan exprime toutefois sa vive inquiétude quant à l'avenir du système de péréquation fédérale. Les pressions continues exercées par les cantons à fort potentiel de ressources souhaitant diminuer leur contribution à la péréquation des ressources sont contraires à l'esprit d'un système de solidarité, issu d'un consensus, après de très longues années de travaux préparatoires.</p> <p>La dotation ayant déjà été baissée de 165 millions en 2016 suite à des débats nourris aux Chambres fédérales, il revient au Conseil fédéral, par son Département fédéral des finances, de s'assurer, au moment où la situation de plusieurs cantons à fort potentiel s'améliore à nouveau et que la situation économique et financière de plusieurs cantons à faible potentiel devient tendue, que le système de péréquation soit maintenu sans modification fondamentale et qu'il continue à jouer pleinement son rôle de solidarité entre les cantons et de réduction des disparités.</p> <p>2. En ce qui concerne la compensation des charges, nous constatons une fois de plus que les montants touchés par les cantons financièrement forts au titre de la compensation des charges socio-démographiques sont souvent bien supérieurs à ceux touchés par les cantons faibles au titre de la compensation des charges géo-topographiques.</p> <p>Nous réitérons notre position quant à une répartition équilibrée des deux composantes de la compensation des charges. Il convient d'éviter qu'une dotation supplémentaire de la compensation des charges socio-démographiques n'augmente encore la disparité entre les cantons. La répartition des montants à disposition des fonds de compensation des charges doit demeurer identique.</p> <p>Nous saluons la modification de l'indice de pauvreté pris en compte dans le calcul des charges socio-démographiques. Cette modification permet de mieux prendre en compte l'augmentation très importante des charges cantonales dans le domaine social ces dernières années, suite notamment à des transferts de charges de la Confédération vers les cantons. Il convient ici de rappeler que ces augmentations concernent tous les cantons, et non seulement les cantons urbains. La hausse des charges dans notre canton a cependant été très sensible et cela se reflète parfaitement par la prise en compte du nouvel indice de pauvreté.</p> <p>3. Le Conseil d'Etat valaisan réitère ses craintes concernant la mise en œuvre de la RIE III. Il importe que les équilibres péréquatifs actuels ne soient pas remis en question par cette réforme. La Conférence des Directeurs cantonaux des Finances doit veiller activement à bien vouloir s'assurer que les</p>

	<p>modifications futures qui seront proposées en lien avec la péréquation se limitent strictement aux seules adaptations techniques découlant de l'abolition des statuts fiscaux particuliers. La RIE III ne doit entraîner en effet aucune modification de fond de la péréquation financière. Il est donc primordial que les équilibres entre les cantons forts et les cantons faibles d'une part, et entre l'ensemble des cantons et la Confédération d'autre part, soient bien respectés afin de ne pas mettre en péril la solidarité fédérale, gage d'un bon équilibre politique et financier du pays.</p> <p>4. En conclusion, nous pouvons valider sans remarque particulière les chiffres 2017 de la péréquation financière intercantonale.</p>
<p>ZG 12.8.</p>	<p>"(...) Anträge:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wir lehnen den Bericht mit den darin gerechneten Zahlen ab und weisen ihn zurück. 2. Wir fordern mit Nachdruck dazu auf, das Gesamtpaket der politischen Arbeitsgruppe der KdK mitzutragen, um die dringend nötigen Verbesserungen des NFA umzusetzen. 3. Die Gewinne der juristischen Personen sind bereits im 2017 gemäss ihrer effektiven steuerlichen Ausschöpfung im Ressourcenpotenzial zu berücksichtigen: FiLaV Art. 19, Berechnungen Anhang 6, sei wie folgt anzupassen: «Die Gewinne der juristischen Personen werden mit einem Faktor von 0,7 in der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage gewichtet.» <p>Zum Antrag 1 betreffend Ablehnung des Berichts:</p> <p>Die jährliche Zahlung des Kantons Zug in den NFA ist seit 2008 von 180 auf 341 Millionen Franken gestiegen. Dies entspricht einem Wachstum von 89 Prozent. In der gleichen Zeit ist der Ressourcenindex des Kantons Zug um 23 Prozent von 214,9 auf 264,1 gestiegen. (...)</p> <p>Der überproportionale Anstieg der Beitragszahlung im Vergleich zur Finanzkraft des Kantons Zug ergibt sich aus Fehlern im Mechanismus des Ressourcenausgleichs. Hauptproblem ist das automatische Wachstum der Dotation, verbunden mit der sogenannten Solidarhaftung je unter den Geber- und Nehmerkantonen. Weil im Schnitt die Kantone stärker geworden sind, stieg das durchschnittliche Ressourcenpotenzial der Schweiz und damit die Dotation. (...)</p> <p>Das Parlament, das aus einer klaren Mehrheit aus Empfängerkantonen besteht, nimmt seine Bremsfunktion nicht wahr. Daher werden im Jahr 2017 771 Millionen Franken mehr umverteilt als nötig wären, damit alle Kantone das vereinbarte Ziel von 85 Punkte Mindestausstattung erreichen. Die Überdotation des Ressourcenausgleichs führt dazu, dass der ressourcenschwächste Kanton Jura auf 87,8 Punkte angehoben wird, was deutlich über dem Wert des Vorjahres (87,3 Punkte) und weit über der gesetzlich angestrebten Mindestausstattung von 85 Punkten liegt. (...)</p> <p>Das deutliche Übertreffen der angestrebten Mindestausstattung ist das Abbild der Überdotation des Ressourcenausgleichs: Die Überdotation steigt 2017 auf 771 Millionen Franken. Mit anderen Worten liesse sich die gesetzlich angestrebte Mindestausstattung der ressourcenschwächsten Kantone von 85 Punkten mit deutlich weniger finanziellen Mitteln als heute erreichen. Die Überdotation belastet den Bundeshaushalt und die Haushalte der ressourcenstarken Kantone erheblich, und zwar die Bundeskasse mit 459 Millionen Franken und die ressourcenstarken Kantone mit 312 Millionen Franken.</p> <p>Zum Antrag 2 betreffend Gesamtpaket der Politischen Arbeitsgruppe der KdK:</p> <p>(...) Der Kanton Zug unterstützt das Bestreben der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und der Finanzdirektorenkonferenz (FDK) Fehler im System des NFA zu korrigieren. Zug engagiert sich als Mitglied in der «Politischen Arbeitsgruppe Finanzausgleich der KdK» aktiv für einen Kompromiss zwischen Geber- und Nehmerkantonen. Der Kanton Zug unterstützt die Empfehlungen der Politischen Arbeitsgruppe. Insbesondere ist der Kanton Zug bereit, einer Erhöhung des Mindestausstattungsziels auf 86 Prozent zuzustimmen. Wir fordern die Kantone mit Nachdruck dazu auf, das Gesamtpaket mitzutragen, um die dringend nötigen Verbesserungen des NFA umzusetzen. Die gegenwärtige, zu hohe Belastung des Bundeshaushalts und der Haushalte der ressourcenstarken Kantone ist vor dem geltenden Gesetz nicht zu rechtfertigen und schadet der Akzeptanz des NFA. (...)</p> <p>Wir erwarten, dass die KdK wie angekündigt dazu noch in diesem Jahr Empfehlungen verabschiedet, der sowohl die ressourcenschwachen, als auch die ressourcenstarken Kantone zustimmen können. Im Gesamtpaket ist mit der vorgesehenen Erhöhung der Mindestausstattung auf 86 Indexpunkte ein bedeutendes Entgegenkommen der ressourcenstarken Kantone enthalten.</p>

	<p>Zum Antrag 3 betreffend Reduktion des Gewichts der juristischen Personen</p> <p>Das Ressourcenpotenzial soll die fiskalisch ausschöpfbare Wertschöpfung in einem Kanton wiedergeben. Die Ausschöpfbarkeit des Ressourcenpotenzials liegt bei den juristischen Personen tiefer als bei den natürlichen Personen. Die Gewinne der juristischen Personen müssten mit einem Gewichtungsfaktor von 0,7 in die aggregierte Steuerbemessungsgrundlage einfließen, damit ein «Gewinnsteuerfranken» einem «Einkommenssteuerfranken» entspricht.</p> <p>Die in der Unternehmenssteuerreform III vorgesehene Tiefergewichtung der Gewinne der juristischen Personen (Zeta-Faktoren) ist richtig - sie kommt jedoch frühestens ab 2023 schrittweise zum Tragen. Dies ist zu spät - die tiefere Gewichtung der juristischen Personen ist schon heute angebracht und soll bereits jetzt umgesetzt werden."</p>
<p>ZH 29.7.</p>	<p>"(...) Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat im Rahmen der Vernehmlassung zum zweiten Wirksamkeitsbericht des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen 2012-2015 in einer umfassenden Stellungnahme Anträge zur Verbesserung und zur faireren Ausgestaltung des Nationalen Finanzausgleichs an das Eidgenössische Finanzdepartement eingereicht. 2015 hat der Regierungsrat zu technischen Änderungen der FilaV Stellung genommen und seine Anliegen erneut vorgebracht. Schliesslich haben die eidgenössischen Räte am Ende der Sommersession 2015 einer Entlastung der NFA-Geberkantone um 67 Millionen Franken zugestimmt. Dies entspricht der Hälfte des Betrages, welcher der Bundesrat in der Botschaft vorschlagen hatte. Die aktuellen Entwicklungen der Ressourcenpotenziale der Kantone und die Ressourcenausgleichszahlungen 2017 zeigen, dass eine höhere Kürzung der Dotation per 2016 richtig gewesen wäre. 2017 erreicht der ressourcenschwächste Kanton nach Finanzausgleich eine Ressourcenausstattung von 87,8 Punkten, was deutlich über dem Wert des Vorjahres von 87,3 Punkten und weit über dem gesetzlich angestrebten Mindestziel von 85 Punkten liegt. Die Überdotation beträgt 2017 rund 750 Mio. Franken (Vorjahr: 645 Mio. Franken) und belastet die Haushalte der ressourcenstarken Kantone und den Bundeshaushalt</p> <p>Die politische Arbeitsgruppe der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat mit dem Projekt zur Optimierung des Nationalen Finanzausgleichs einen wichtigen Prozess angestossen. Der Kanton Zürich hat die Empfehlungen der politischen Arbeitsgruppe vom 3. März 2016 im Sinne eines politischen Gesamtpakets mitgetragen. Ich werde mich im Rahmen dieser Projektgruppe weiterhin für einen sachgerechten und tragfähigen Kompromiss einsetzen und verzichte daher darauf, im Rahmen dieser Anhörung erneut Anträge zur Konzeption und zur Wirkung des NFA einzureichen.</p> <p>Im Namen des Regierungsrates des Kantons Zürich kann ich Ihnen mitteilen, dass der Kanton Zürich zu den Datengrundlagen für den Kanton Zürich, zu den Berechnungen der EFV des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs und zu den sich daraus ergebenden Ausgleichszahlungen für das Referenzjahr 2017 keine Bemerkungen hat. (...)"</p>